



Keine Pflichtgebühren für amtliche Lebensmittelkontrollen

Am 20. Februar stimmte der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit über den Berichtsentwurf über amtliche Lebensmittelüberwachung ab. Unternehmen sollen demnach zukünftig für Regelkontrollen zahlen. „Für Unternehmen, die sich nichts zu Schulden haben kommen lassen, sind dies unnötige zusätzliche Kosten“, so die Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe, Markus Pieper und Markus Ferber.

In einem Gespräch mit Vertretern der Wirtschaft positionierten sich Pieper und Ferber klar: „Es ist Aufgabe des Staates, die Lebensmittelüberwachung zu gewährleisten. Wir unterstützen das deutsche Finanzierungssystem, bei dem der Staat lediglich bei anlassbezogenen Kontrollen eine Gebühr erhebt. Auch zukünftig sollen die Mitgliedsstaaten entscheiden, wie sie die Finanzierung ausgestalten. Nur so kann man Subsidiarität wahren.“ Auch sollen die Unternehmer nicht unnötig an den Pranger gestellt werden. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Regelkontrollen muss verhältnismäßig sein. Stigmatisierungen von Unternehmen gilt es unter allen Umständen zu vermeiden.

Die Abstimmung in den Ausschüssen stellt noch nicht das endgültige Ergebnis dar. Die Plenarabstimmung ist für den kommenden April vorgesehen. Bis dahin besteht noch die Chance, Änderungen der Vorgaben im Bereich der Regelkontrollen einzubringen.



PKM Europe Treffen zu Lebensmittelkontrollen

Einigung zu Berichtspflichten für Soziales Engagement

Das Europäische Parlament, der Ministerrat und die Kommission einigten sich am 26. Februar im Nachgang zum Trilog über die Richtlinie zu Berichtspflichten für Unternehmen über ihr Engagement im Sozial- und Umweltbereich. Börsennotierte und kapitalmarktorientierte Unternehmen sowie Banken und Versicherungen mit mehr als 500 Mitarbeitern müssen demnach nicht-finanzielle Informationen offenlegen. Pieper und Ferber sagen: „Dies ist eine unnötige Regulierung, die große Unternehmen zusätzlich belastet. Wir lehnen diese Berichtspflichten ab.“

„Trotz der Gegner aus dem rot-grünen Lager konnten wir immerhin die Ausnahmen für KMU erreichen, auch wenn dies neue Bürokratie für große Unternehmen schafft“, sind sich Pieper und Ferber einig. Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments muss diesem Ergebnis noch zustimmen.